

SPD und Große Koalition: It's the Außenpolitik, stupid!

Heinrich August Winkler, Altmeister der deutschen Historiker, warnte am 28.11. in der Süddeutschen Zeitung vor einer Großen Koalition: Sie sei ausnahmsweise als ein Notanker brauchbar, wenn das Staatsschiff in schwere See gerate, weil die Probleme zu übermächtig würden. Im Normalfall aber führe die Einigkeit der beiden großen Parteien dazu, dass die extremen Ränder gestärkt würden, und das sei nicht gut.

Entsprechend argumentieren Befürworter der Großen Koalition, dass unser Land vor sehr großen Problemen stehe. So schreibt Andreas Niesmann in den LN, meiner Lübecker Lokalzeitung: "Natürlich gibt es gute Gründe ... Man kann sie jeden Morgen in der Zeitung lesen. Ein irrlichternder US-Präsident bedroht den Weltfrieden. Der Kampf gegen die Fluchtursachen in Afrika kommt nicht voran. Wirtschaftlich gerät der Westen durch aufstrebende Mächte in Asien unter Druck. Und die EU braucht Antworten, um die schwerste Krise seit ihrer Gründung zu bestehen." (LN, 8.12., S.2).

Bemerkenswert daran ist: Das sind alles, ausnahmslos, Probleme der Außenpolitik. Und es liegt doch nahe anzunehmen, dass auch viele Wähler dazu eine Meinung haben. Wieso glaubt dann die SPD, sie könne sich in der Großen Koalition als Partei der Linken profilieren, wenn sie mit ausnahmslos innenpolitischen Forderungen daherkommt? Kann sich die SPD im Ernst bei Merkels bekannter Flexibilität mit Bürgerversicherung, umweltpolitischen Auflagen, Energie-wende so profilieren, dass sie wieder eine interessante Partei wird? Sollte sich die SPD nicht daran erinnern, was ihr Markenzeichen in Zeiten ihrer größten Erfolge in der Bundesrepublik war? Dies war die Außenpolitik! Vor allem war dies das Durchsetzen einer neuen Ostpolitik durch Willy Brandt, Egon Bahr und Herbert Wehner, später auch die Thematisierung des Nord-Süd-Gefälles durch Willy Brandt.

Ist nicht gerade in Fragen der Außenpolitik eine Mehrheit in der Bevölkerung diesseits des Regierungskurses vorhanden? Zum Beispiel:

- Für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Für den Abbau der Konfrontation zwischen EU und Russland in der Ukraine
- Für die Unterstützung der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt
- Für den Stopp von Waffenlieferungen an das kriegsführende Saudi-Arabien
- Für fairere Handelsverträge mit Afrika, zum Aufbau einer eigenständigen afrikanischen Wirtschaft (zur Reduzierung des Auswandererstroms nach Europa)

Auch außenpolitische Probleme haben innenpolitisches Gewicht. Wenn die SPD zu ängstlich ist, diese Fragen zur Diskussion zu stellen, dann muss sie sich nicht wundern, wenn die Wähler nach Alternativen zur SPD suchen.